

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Abrechnung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
lieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Doch ein Kabinett Maniu.

Bukarest, 13. Juni. Der König hat heute mittags den früheren Ministerpräsidenten Maniu mit der Regierungsbildung betraut. Maniu hat nach der Audienz erklärt, daß er vom König den Auftrag erhalten hat, eine Parteienregierung zu bilden. Er wird die Regierungsliste am Nachmittag dem König unterbreiten.

Bukarest, 13. Juni. Die neue Regierung, deren Vorsitzender Julius Maniu ist, wurde heute gebildet und wird um 11 Uhr nachts dem König den verfassungsmäßigen Eid ablegen. Morgen vormittags findet der erste Ministerrat statt. Am Nachmittag wird sich die neue Regierung den beiden Kammern vorstellen.

Schobers „Entwaffnungs“-Komödie.

Wien, 13. Juni. (Eigenbericht.) Im Nationalrat wurde heute die Debatte über das Entwaffnungsgesetz abgeführt. Im Namen der Sozialdemokraten erklärte Dr. Deutsch, daß die Regierung auch mit dem bestehenden Gesetz die Abrüstung hätte durchführen können. Die Sozialdemokraten glauben nicht ernstlich, daß der Bundeskanzler dieses Gesetz wirklich benutzen werde, wie er es benutzen könnte. Am wenigsten glauben sie, daß das Gesetz so unparteiisch gehandhabt werden wird, als man es wünschen müßte. Mit dem Gesetz werde eine Täuschung des Auslandes versucht. Jedenfalls verlange die Regierung mit diesem Gesetz vom Hause das Vertrauen, das die Sozialdemokraten ihr aber nicht zubilligen können, da sie einer Regierung Schobers-Baugo in kein Vertrauen entgegenbringen könne, die niemals gegen die Heimwehren aufgetreten ist und die dem Hause ein ganzes Paket von Vorlagen unterbreitet hat, von denen eine arbeitserfeindlicher ist als die andere. Die Sozialdemokraten haben wiederholt die Abrüstung angeboten und haben immer nur Spott und Hohn dafür geerntet. Trotzdem wiederholen sie auch heute das Angebot, allerdings nach einer gleichzeitigen und gleichmäßigen Abrüstung. Nachdem alle sozialdemokratischen Anträge abgelehnt sind, ja sogar der Antrag, daß das Gesetz auch für Tirol gelten soll, wird das Gesetz wirkungslos bleiben. Oesterreich stehe jetzt vor der Schicksalsfrage „Demokratie oder Faschismus“, die nur das Volk entscheiden könne. Es ist fraglich, ob das Haus noch das Recht hat, die Frage zu lösen, die jetzt zur Entscheidung steht. Deshalb verlangen die Sozialdemokraten, daß das Haus sich selbst auflöse und das Volk zur Entscheidung aufgerufen werde. Die Heimwehr aber fürchtet Neuwahlen, die endlich zeigen würden, daß das ganze Volk für die Demokratie ist. Der großdeutsche Redner Dr. Sampael sprach sehr heftig gegen die Sozialdemokraten, wobei er behauptete, daß die Bevölkerung gegen die Sozialdemokratie sei. Die Sozialdemokraten brachen bei dieser Wendung in stürmische Zwischenrufe aus: Macht Neuwahlen! Auflösung. Im übrigen aber erklärte er gegenüber den Gerüchten, daß in Ungarn Versuche einer monarchistischen Restauration geplant seien, er habe vor acht Jahren beim Putz des ehemaligen Kaisers Karl erklärt, daß die Großdeutschen sich mit Tod und Teufel verbinden würden, um ähnliche Versuche in Oesterreich abzuwehren und er unterschreibe diesen Satz auch heute noch. Der Redner des Landbundes erklärte, daß seine Partei sich mit aller Entschiedenheit gegen jeden faschistischen Versuch zur Wehre setzen würde. Den psychologischen Moment zur vollständigen Abrüstung hält er aber allerdings noch nicht gekommen. Bei der namentlichen Abstimmung wird das Gesetz mit 86 gegen 72 Stimmen angenommen. Die Christlichsozialen hatten vor der Hausitzung beschlossen, vollzählig für das Gesetz zu stimmen, trotzdem stimmten zwei Christlichsoziale, nämlich der Heimwehrführer Raab und der Landeshauptmann von Steiermark Dr. Rintelen mit den Sozialdemokraten gegen das Gesetz, was vom Haus mit einiger Beifall aufgenommen wurde.

Neue Schieberereien in Indien.

13 Tote in Aharapur.
Aharapur (Mittelindien), 13. Juni. (Neuer.) In dem Dorfe Aharapur starb am 11. Juni die aufgekochte Menge die Verhüllung von Gandhi-Freiwilligen verhindern. Die Polizei gab Schüsse in die Luft ab, doch wurden die Sicherheitsorgane von der Menge mit Steinen und Knüppeln angegriffen. Da die Menge der Aufforderung, sich zu zerstreuen, nicht Folge leistete, wurde von der Polizei scharf geschossen. 13 Personen wurden getötet und zahlreiche verwundet.

Internationale Arbeitszeitverkürzung unter Tag?

Anregung Englands in Genf. — Deutschland stimmt zu.

Genf, 13. Juni. (Eigenbericht.) In der Rohlenkommission auf der Internationalen Arbeitskonferenz sind in den letzten Tagen lebhaft Debatten zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter geführt worden. Die englischen Unternehmer bestritten der Kommission das Recht, auch die Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau zu verhandeln. Erst die entschiedene Haltung der Kommissionsleitung zwang sie zum Aufgeben des Widerstandes.

Der englische Arbeitsminister erklärte, die besonderen Arbeitsbedingungen der Bergleute unter Tag machten eine Verkürzung der Arbeitszeit unbedingt notwendig.

Man müsse einen gemeinsamen internationalen Maßstab für die Berechnung der Arbeitszeit finden. Dabei gebe er die Möglichkeit von Zwischenlösungen durchaus zu, aber sie müß-

ten als Endziel eine einheitliche internationale Regelung haben.

Der deutsche Regierungsdelegierte erklärte sich ebenfalls für eine internationale Konvention zur Verkürzung der Arbeitszeit unter Tag. Auch er leugnet die Schwierigkeiten keineswegs und tritt deshalb für vorsichtige Formulierung der Konvention in dem Sinne ein, daß man schrittweise vorgehen könne. Die deutsche Regierung, die die Vor- und Nachteile einer solchen Konvention genau abgewogen habe, sei zu dem Resultat gekommen, sich für den Abschluß einer derartigen Konvention zu entscheiden unter der Voraussetzung, daß sämtliche Länder, die gleiche Produktionsbedingungen haben, auch gleich behandelt werden. Der Konventionstext müsse klarer abgefaßt werden und gewisse Möglichkeiten inbezug auf den Geltungsbereich der Konvention offen lassen, womit wohl die Ausschaltung der Braunkohlengruben aus der Konvention gemeint ist.

Die „Weihnachtzulage“ für aktive Staatsangestellte und Lehrer.

Prag, 13. Juni. Heute wurde im Abgeordnetenhaus die Vorlage über den 13. Monatsgehalt eingebracht, die offiziell den Titel „Gesetz über die Weihnachtzulage für Staatsangestellte und Lehrer im aktiven Dienst“ trägt. Die Vorlage hat folgenden Wortlaut:

1. Den Staatsangestellten, deren Gehaltsverhältnisse durch das Gesetz vom 24. Juni 1926, Zahl 103 (Gehaltsgesetz), geregelt ist, ferner den vollbeschäftigten Personen, deren Bezüge auf Grund des § 210, Abs. 1 und § 211 des gleichen Gesetzes geregelt sind, und den Lehrern, welche in den Paragraphen 1, 13 und 14 des Gesetzes vom 24. Juni 1926, Zahl 104 (Lehrergesetz) angeführt sind, wird am 1. Dezember eines jeden Jahres eine in die Bemessung der Ruhegenüsse nicht einzurechnende Weihnachtzulage in der Höhe von 70 Prozent des Monatsgehalts ausbezahlt. Bei Angestellten, welche keinen Gehalt beziehen, bildet die Grundbesoldung für die Berechnung der Weihnachtzulage die dem Gehalt entsprechende Bezahlung.
2. Maßgebend sowohl für den Anspruch auf diese Zulage als auch für deren Bemessung sind die am Tage der Fälligkeit gegebenen Verhältnisse.
3. Die Zulage gebührt nur jenen Angestellten, welche in dem betreffenden Kalenderjahre bis zur Fälligkeit des Betrages wenigstens zehn Monate Dienst versehen haben, von einer Abwesenheit im Dienste wegen Erholung oder Krankheitsurlaub abgesehen. Sie gebührt aber nicht jenen Angestellten, welche am Tage der Fälligkeit auf Grund der geltenden Vorschriften von einer Gehaltserhöhung ausgeschlossen sind. Für die Zeit, während welcher die Erhöhung des Gehaltes ausgeschlossen wurde, wird auch die Auszahlung der Zulage bis zu jenem Zeitpunkt aufgeschoben, in dem der Grund des Aufschubs wegfällt.
4. Von dem Anspruch auf die Zulage sind Ehepaare ausgeschlossen, die beide in einem Dienstverhältnis stehen, in dem ihnen aussonsten auf Grund dieses Gesetzes die Zulage gebühren würde.

§ 2.
Der 1. Teil des Gesetzes vom 22. Dezember 1924 über die Sparmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung wird dahin ergänzt, daß die Regierung verpflichtet wird, über die Tätigkeit der in § 3, Abs. 2 erwähnten Kommissionen alle zwei Jahre der Rationalisierungsversammlung Bericht zu erstatten.

§ 3.
Der mit der Durchführung dieses Gesetzes verbundene Aufwand wird von den zuständigen Erhaltern des Personalaufwandes der betreffenden Angestelltenkategorie gedeckt.

§ 4.
Das Gesetz wird vom Finanzminister im Einvernehmen mit den übrigen Mitgliedern der Regierung durchgeführt.

Im Motivenbericht wird ausgeführt, daß die Weihnachtzulage die bisher üblichen Remunerationen ersetzen soll, die vielfach den Staatsangestellten Anlaß zur Unzufriedenheit boten. Als angemessenste Grundlage für die Berechnung der Zulage wurde der reine Gehalt gewählt. Bei Angestellten, die keinen „Gehalt“ beziehen, wird folgende Grundlage für die Berechnung der Weihnachtzulage festgesetzt: Bei Anwärtern zwei Drittel des Adjutants für die Ortsklasse A; bei Hochschulassistenten und Konstrukteuren sowie bei Assistenten an gewissen höheren Fachschulen zwei Drittel der entsprechenden Remuneration für die Ortsklasse A (bei jenen, die außerdem noch eine Funktionszulage beziehen, die ganze Remuneration); bei Sekundärärzten in zivilen staatlichen Heil- und Pflegeanstalten und im Allgemeinen Krankenhaus in Prag, sowie bei den Assistenten in den staatlichen Hebammenschulen und in der Staatsanstalt für Zahnheilkunde zwei Drittel der entsprechenden Entlohnung für die Ortsklasse A; bei Posthilfsangestellten, Hilfsangestellten der Staatsbahnen, Handwerker im technischen Bau- und Erhaltungsdienst und im Automobilendienst der Post, bei den Hilfswärtern und bei niederen Hilfsangestellten im Straßen-, Brücken- und Wasserdienst sowie bei Postboten der entsprechende Jahresbetrag des für die Ortsklasse A festgesetzten Tagelohnes, vermindert um 3000 Kronen; endlich bei Postexpedienten 75 Prozent des Amtserhaltens.

Die bisherigen Weihnachtremunerationen machten bei der Hoheitsverwaltung 31, bei den Staatsbetrieben 25 Millionen aus. Die neue Weihnachtzulage wird (ohne Berücksichtigung der kommenden Restsystemisierung) bei der Hoheitsverwaltung 101,5, bei den staatlichen Unternehmungen 111,3 und bei den Lehrern 54,6 Millionen betragen.

insgesamt also 267,1 Millionen.

Der Motivenbericht betont, daß es notwendig sein werde, den Aufwand durch verschiedene Erspargungen zu decken, um die Stabilität des Budgets nicht zu bedrohen. In erster Linie müßten die bisherigen außerordentlichen Entlohnungen in den verschiedenen Ressorts auf das unumgänglich notwendige Maß beschränkt und nur für außerordentliche Arbeiten in außerordentlichen Fällen gewährt werden. Ferner müßte aber auch in der Staatsverwaltung und den Staatsbetrieben eine durchgreifende und energisch durchgeführte Rationalisierung der Verwaltung, bzw. des Betriebes Platz greifen. Hierfür gebe bereits das erste Hauptstück des Restriktionsgesetzes genügend Direktiven. Damit die dort erwähnte Ersparungskommission baldmöglichst konstituiert werde und eine intensive Tätigkeit zur Oekonomisierung der Staatsverwaltung und der Staatsbetriebe entfalte, ergänze die Vorlage die Bestimmungen über die erwähnte Kommission dahin, daß die Regierung jedes zweite Jahr der Rationalisierungsversammlung einen diesbezüglichen Bericht zu erstatten verpflichtet ist.

Ein Schritt zur Schulreform.

Nach einer jahrelangen Pause, in der schlimmer als der absolute Stillstand der Schulreform sich das unfruchtbare Postulieren und Herumdoktern an den Lehrplänen auswirkte, bei dem da eine Stunde gestrichen, dort eine angeklebt wurde, hat es der sozialdemokratische Unterrichtsminister Genosse Dr. Dérer unternommen, das Werk Beshynäs, die Reform der Mittelschule, fortzusetzen und durch eine entscheidende Tat um einen tüchtigen Schritt vorwärtszubringen. Dérer wollte in diesem Zeitpunkt nicht mit einer großen Vorlage vor das Parlament gehen, das, solange die Wirtschaftskrise andauert, wohl ständig mit wichtigen Tagesfragen beschäftigt sein und kaum Zeit haben wird, eine rein kulturelle Vorlage ausführlich zu bearbeiten. Der Verordnungswege, den der Minister einschlägt, bedingt natürlich eine gewisse Beschränkung seiner Absichten, die Bescheidung auf das Maß eines neuen Versuches. Diesmal ist es aber erfreulicherweise kein Versuch, bei dem Schule und Lehrer nur draußzahlen, sondern ein ernsthaftes Beginnen, das den Anfang weiterer, auf dem jetzt zu Schaffenden systematisch aufbauender Reformen bedeuten soll. Die Neuordnung zeigt mit begrüßenswerter Klarheit, was der Minister will, sie ist bei allem Kompromißcharakter und bei den unvermeidlichen Mängeln ein ganzes Stück Arbeit und verdient schon darum Anerkennung und Würdigung.

Was die Mängel und strittigen Punkte auch dieser Reformvorlage betrifft, so ergeben sie sich zum großen Teil aus der Schwierigkeit der Materie. Jeder Schulreformer gerät heute in ein schwer lösbares Dilemma. Sein Wollen muß immer wieder von zwei einander widersprechenden, oft einander ausschließenden Grundgedanken diktiert sein: durch die mögliche Vereinheitlichung des Schulwesens Privilegien und Hemmnisse des freien Studienganges aller Staatsbürger zu beseitigen und Allen Zutritt zu jeder Laufbahn zu schaffen und wiederum durch möglichstste Differenzierung der Schulen den einseitig Begabten zur vollen Entfaltung ihrer Talente zu helfen und der Vielfältigkeit des modernen Lebens gerecht zu werden. Das erste Prinzip verlangt, daß mindestens auf der Unterstufe die Grenzen zwischen Bürgerschule, Gymnasium, Realschule, Reform- und Realgymnasium beseitigt werden, um den Uebertritt aus einer Schule in die andere zu erleichtern, das andere fordert, daß die Gymnasien möglichst von dem mathematisch-technischen Lehrstoff, die Realschulen von den Sprachen und dem humanistischen Bildungstoff entlastet werden.

Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, daß erfahrungsgemäß das Gedächtnis des Kindes zwischen dem 11. und dem 15. Lebensjahr für allen mechanischen Lernstoff sehr aufnahmefähig ist, was man bisher in den Mittelschulen dazu benützte, den Schülern die Grundlagen der Fremdsprachen, vor allem des Lateinischen, und einem möglichst großen Vokabelschatz beizubringen. Wird die Fremdsprache erst später gelehrt, so begreift der Schüler zwar alle grammatikalischen Dinge leichter, er findet sich rascher in der fremden Sprache zurecht, aber weder ist sein Gedächtnis fähig, so viele Vokabeln aufzunehmen wie in den früheren Jahren, noch läßt ihm der übrige Lehrplan die Zeit, täglich lateinische und französische Vokabel zu büffeln. Dagegen entsteht die Gefahr, daß die früheren Jahre nicht ausgenützt werden, daß der für mechanischen Lernstoff aufnahmefähige kindliche Verstand jahrelang brachliege.

Hier zwingen, solange wir nicht überhaupt eine ganz neue Grundschule und eine mit allen Mitteln sozialer Hilfe ausgestattete Schule haben, die Tatsachen selbst zum Kompromiß. Genosse Dérer suchte es auf der Linie einer Angleichung zwischen Bürgerschule, Mit-

Tagesneuigkeiten.

Soldatenelbstmorde und sein Ende

Wir lesen in der „Reichenberger Zeitung“: Am 17. Mai erschoss sich in Dolni Kounice (Slowakei) der Infanterist des „2. Dorstprapor“, Franz Helbig aus Alt-Paulsdorf bei Reichenberg, zuständig nach Friedland. Wie aus seinen Abschiedsbriefen hervorgeht, ist er infolge Ueberanstrengung durch vorangehende große Übungen, bzw. Strapazen, auf dem Wachposten eingeschlafen und wurde von dem inspizierenden Stabsrotmeister durch Androhung von Festungshaft und wohl auch durch sonstige Bemerkungen derart eingeschüchtert, daß er sich in seiner Aufregung beim nächsten Postenwechsel mit seinem Dienstgewehr erschoss. Es handelt sich um einen äußerst braven und liebenswürdigen Burschen und es muß ihm wohl arg zugelegt worden sein, daß er sich zu dieser Tat entschlossen hat. Zeit Jänner d. J. soll dies bereits der neunte Soldatenelbstmord sein.

Schwerer Eisenbahn-Unfall bei Rößlerle.

Ein Reisender tot, mehrere verletzt.

Am Donnerstag ereignete sich auf der Strecke Karlsbad—Komotau zwischen den Stationen Rößlerle und Rößlerle ein schwerer Unfall. Als der Personenzug Nr. 1502 (Karlsbad—Auffig) die Brücke passierte, die derzeit ausgebessert wird, schlug ein Flaschenzug, der bei den Arbeiten Verwendung findet, aus noch nicht einwandfrei festgestellt Ursache gegen den fahrenden Zug. Die schwere Dreifachzug streifte einige Fenster und verletzte drei heraussehende Passagiere, darunter einige schwer. Während in der Station sogleich ein Arzt berufen wurde, brachte man die Schwerverletzten aus dem Zuge in den Wartesaal, wo einer von ihnen, der 42 Jahre alte Studentrat Friedrich Stegmann aus Eßbau i. S., bald darauf seinen schweren Verletzungen erlegen ist. Der zweite Schwerverletzte, der Schlosser Ferdinand Fischer aus Brunnersdorf, 20 Jahre alt, hat eine Gehirnerschütterung erlitten. Erheblicher Verletzte wurden noch der 20 Jahre alte Josef Stahl aus Raaden und das 16 Jahre alte Schneiderschmädchen Gisela Kreisl aus Komotau II, das Verletzungen am Kopf erlitten hat. Nach ärztlicher Hilfeleistung wurden sie mit dem Schnellzug nach Komotau gebracht und dem Krankenhaus eingeliefert. Unter den sonstigen Verletzten soll sich auch einige Schulkinder befinden, die von einem Ausfluge zurückkehren.

Schredlicher Tod einer Wiener Genoffin.

Die 30jährige, wegen ihrer fruchtbareren Tätigkeit in Wien besonders geschätzte Lehrerin an der Wiener städtischen Kindergärtnerinnenbildungsanstalt, Dr. Gertrud Hammereschlag, ist einem furchtbaren Flammentod zum Opfer gefallen. Trude Hammereschlag wollte Mittwoch nach dem Unterricht in ihrem Wohnzimmer in der Kindergärtnerinnenschule einigen Schülerinnen eine neue Art der Holzbatik zeigen. Sie lochte zu diesem Zwecke Bienenwachs, mit dem das Holz bestrichen werden sollte, in einem sogenannten Batikofeuer. Durch ein Zündholz, das auf den Boden geworfen wurde, geriet eine große Spiritusflasche, die in der Nähe stand, in Brand. Stichflammen schossen in die Höhe und im Nu fingen die Kleider Trude Hammereschlags Feuer. Die Schülerinnen, die bei ihr waren, zerrten die Brennende auf den Korridor, wo der Hauswart Franz Höfstätter die Flammen löschte. Trude Hammereschlag hatte aber inzwischen so furchtbare Verletzungen erlitten, daß, als sie auf die Klinik im Allgemeinen Krankenhaus gebracht wurde, jede Hoffnung, sie am Leben zu erhalten, aufgegeben werden mußte. Sie starb nach wenigen Stunden; trotz den furchtlichen Brandwunden gelang es den Ärzten, sie wenigstens vor Schmerzen zu bewahren.

Eine angenehme Gegend.

Vier Höllemaschinen in Nisch.

Belgrad, 13. Juni. (Avala.) Aus Nisch wird gemeldet: Gestern explodierte um 9 Uhr abends eine im Wartesaal 3. Klasse des Bahnhofes in einem Ofen untergebrachte Höllemaschine. Durch die Explosion wurde der Tierarzt-Kontrollor Rankovic getötet, zwei Soldaten schwer und eine Gynäkologin leicht verletzt. In derselben Nacht gegen 11 Uhr explodierte eine weitere Höllemaschine in einer Entfernung von 900 Meter vom Bahnhof. Sie war auf die Schienen der Eisenbahnstrecke Nisch—Pivrot gelegt und explodierte in dem Augenblick als der Schnellzug von Pivrot kommend die Stelle passierte. In unmittelbarer Nähe dieses Ortes wurde eine dritte Höllemaschine im Gewicht von 15 Kilogramm gefunden; sie explodierte jedoch, bevor die Fachmänner erschienen waren, um sie auseinanderzunehmen. Schließlich explodierte in der Umgebung der Stadt im Sande, der für Straßenarbeiten bestimmt war, am Freitag gegen 3 Uhr morgens eine vierte Höllemaschine. Die Explosionen dieser drei letzten Höllemaschinen haben keinen Schaden angerichtet.

Schmeling siegreich unterlegen.

Der Gegner disqualifiziert. — Der deutsche Boxer Weltmeister.

New York, 13. Juni. Der mit großer Spannung erwartete Weltmeisterschaftskampf zwischen Max Schmeling und Jack Sharkey nahm ein überraschend schnelles Ende. In der vierten



Max Schmeling.

Runde brachte Sharkey einen regelwidrigen Schlag an, der Sharkeys sofortige Disqualifikation zur Folge hatte. Max Schmeling wurde zum Sieger erklärt.

New York, 13. Juni. Wenn auch der Weltmeisterschaftskampf keinen befriedigenden Ausgang nahm, so kann man doch in Europa die Nachricht von dem Siege Schmeling mit großem Jubel aufnehmen. Er war es, der zum ersten Male den Titel eines Weltmeisters aller Klassen nach Europa entführte, nachdem seit dem Jahre 1891 stets die amerikanischen Vertreter diese Ehre für sich in Anspruch nahmen. Der Ausgang des Kampfes war für unerfreulich wie nur möglich; in der vierten Runde unterließ dem schon klar nach Punkten

Metallarbeiter, Achtung. Freitag, den 13. ds. M. ist die ungefähr 200 Mann zählende Belegschaft der Maschinenfabrik Mach u. Fischer in Pronov a. d. W. in den Streik getreten. Die Ursache des Kampfes liegt darin, daß die Firma die Aufforderung bis zu 30 Prozent abzubauen wollte und jede Verhandlung mit dem Betriebsausschuß ablehnte. Der Betrieb ist für alle Metallarbeiter strengstens gesperrt.

Zehn Personen ertrunken. Bei Tirgu Jiu im Jil-Tal (Rumänien) ist bei der Eröffnung des neuen Fahrbetriebes über den Jil-Fluß die Fähre mitten im Fluß untergegangen, da sie statt der vorgeschriebenen 30 Personen 55 Personen beförderte. 45 Menschen konnten sich durch Schwimmen retten, 10 Fahrgäste fanden den Tod in den Fluten.

Folgen des Soldatenspiels. Während der Scharfschießübungen der Jährerschule in Biedrusel (Polen) explodierte in der Nähe einer marschierenden Militärkompanie eine Granate. Zwei Soldaten und der bei den Schießübungen anwesende zweite Bismarckminister für Heereswesen General Fabrecht erlitten leichte Verletzungen.

Verunglückte Militärautos. Auf der Straße von Heselberg nach Bederhagen (Hessen) stieß Donnerstag abends infolge Verlegens einer Bremse ein Lastkraftwagen des Mindener Pionierbataillons gegen eine Brückenmauer. Mehrere nachfolgende Lastautos desselben Bataillons, die diesen Wagen rampten, stürzten in eine Tiefe von vier bis fünf Metern. Es sollen bis jetzt etwa 8 Schwer- und 10 Leichtverletzte festgestellt worden sein.

Eisenbahnattentat. Nach dem „Populaire“ beobachtete ein Streckenarbeiter zwei Personen, die am Nachmittag an der Strecke Paris—Vonnarville einen Signalmast umlegten und sich ansahen, den Betonblock, der eine Größe von etwa einem Kubikmeter hat und den Mast trägt, auf die Geleise zu legen, offenbar zu dem Zwecke, eine Zugentgleisung herbeizuführen. Der Streckenarbeiter alarmierte die Gendarmerie, die nach den beiden Personen, die geflüchtet sind, fahndet.

Heroldisches Verzeihen eines Sterbenden. Im Chemnitzer Rühwald-Krankenhaus ist am Dienstag der bekannte Fußballspieler Georg Fröbel gestorben. Auf Grund seiner Aussagen bei seiner Entlassung hatte man angenommen, daß Fröbel sich den tödlichen Unterleibschuß selbst aus Unvorsichtigkeit beigebracht hatte, da der Schuß beim Reinigen einer Pistole losgegangen sein sollte. Später im Fieberwahn gemachte Äußerungen Frøbels veranlaßten jedoch die Polizei, die Ehefrau des Verstorbenen zu verhaften. Sie gestand bei ihrer Vernehmung, daß sie ihren Mann erschossen habe, will dies allerdings nach vorausgegangenem Streit getan haben. Fröbel dürfte seine Angaben über den Unglücksfall wahrscheinlich nur gemacht haben, um seine Frau zu retten, da er sich über die Folgen des Schusses klar gewesen sein dürfte.

„Dein Weg.“ Wir machen nochmals auf dieses ausgezeichnete Büchlein aufmerksam, das die österreichischen Kinderfreunde für die Jungendwache herausgegeben haben. In klarer, anschaulicher Weise wird ein Bild der Organisation entworfen, die dem jugendlichen Proletariat in der Arbeiterbewegung offen stehen. Vierzehn ganzseitige Bilder, gezeichnet von E. L. Kethi, unterstützen den Text; die schöne Aus-

staltung macht das Büchlein zu einem würdigen Weihnachtsgeschenk. Wir raten allen Organisationen, die jetzt zum Schluß das Fest der Jungendwache veranstalten, sich sofort mit der Reichsleitung unserer Kinderfreunde (Brünn, Augartengasse 8) in Verbindung zu setzen, durch welche das Buch zu dem sehr ermäßigten Preise von K 7.50 broschiert und K 10.50 in Leinen gebunden bezogen werden kann. Wir können uns kein besseres Geschenk für die zur Jungendwache kommenden Kinder denken.

Chicago's Kampf mit der Untertwelt. Berzweifelt über die ständigen Morde und dreisten Raubzüge von Banditen, hat die Bevölkerung von Chicago unter Beteiligung von gewissen Polizisten und Soldaten Zivilgardien geschaffen, deren Zweck die Verfolgung von Verbrechern ist. Donnerstag nahmen diese Gardien in den Vorstädten Chicagos Razzien vor, bei denen etwa 600 Verbrecher festgenommen wurden.

Rationalisierung in der Tabakindustrie. Vor einigen Tagen wurde, wie wir bereits gemeldet haben, in Kuchelna im Hultschiner Ländchen eine Fabrik der tschechoslowakischen Tabakregie eröffnet, die maschinell aus das modernste eingerichtet ist. Was das bedeutet, lehrt folgender Vergleich: Früher konnte eine Arbeiterin mit der Hand 14.000 Stück Zigaretten in der Woche erzeugen. Dann kam eine Maschine, auf die mit dem Fuß getreten werden konnte und auf der eine Arbeiterin 30.000 Zigaretten in der Woche erzeugen konnte. In der neuen Fabrik in Kuchelna nun stehen, wie wir dem Fachblatt der Tabakarbeiter (Stenberg) entnehmen — vier modernste Triumph-Zigarettenmaschinen Type II, die ein wahres Kunstwerk menschlicher Geistesleistung darstellen. Diese Maschine erzeugt in einem Tage 400.000 Stück Zigaretten, das sind in der Woche (fünfeinhalb Tage) 2.800.000 Stück. Diese unglaubliche Leistung vollführen mit dieser Maschine vier Personen, und zwar eine Einlegerin, zwei Frauen bei dem Laufband und ein Maschinenführer, der zugleich Schlosser ist. Während also früher eine Arbeiterin in der Woche 14.000, später 30.000 Stück erzeugte, kommen jetzt auf eine Arbeitskraft 550.000 Zigaretten in der Woche. In der großen Fabrik in Kuchelna sind auch nur im ganzen 60 Personen beschäftigt. So macht die Rationalisierung die Arbeiter in der Tabakindustrie arbeitslos!

Wiener Eisenbahner in Brünn. Donnerstag, den 19. Juni, begrüßen die Brünnener Genossen 200 Straßenbahner aus Wien am Bahnhof. Die Gäste treffen um 14 Uhr 17 Minuten in Brünn ein.

Schwerer Unfall bei einem Schulausflug mit einem Lastauto. Aus Banška Bystrica wird berichtet: Die Schulkinder aus dem hiesigen Nonnenkloster unternahmen einen Ausflug auf einem Lastauto. Sie kehrten in der Nacht zurück. Auf der Landstraße bei Rabban erliefte ein über der Straße gelegter Querbalken, den der Chauffeur nicht bemerkte, die Räder des in rascher Fahrt befindlichen Autos, und zwar gerade mit der Spitze, so daß der Balken sich in die Höhe hob und sodann wieder niederstürzte. Er fiel auf das Auto. Dabei wurde das 13jährige Mädchen Suppal getötet, zwei andere Mädchen erlitten schwere Verletzungen.

Reichstreffen des Touristenvereines „Die Naturfreunde“

zum 2. Bundes-Turn- und Sportfeste, 4.—6. Juli 1930 in Auffig.

Unser Verein beteiligt sich am 2. Bundes-Turn- und Sportfeste in Auffig. Es wird jedem Teilnehmer eine um 50 Prozent ermäßigte Fahrt bei Lösung der Festkarte zum Betrage von 20 K (zugänglich 1.50 K für Manip.-Gebühren), die zugleich als Fahrlegitimation verwendet wird, eingeräumt; diese hat vom 3.—13. Juli l. J. Geltung. Ferner sind im Festbeitrag das Festabgeben, Festgebühren, Quartier für drei Tage und Eintritt im Stadion und 19 Sportplätze einbezogen. Kinder unter 14 Jahren zahlen einen Gesamtfestbeitrag von 1.50 K einschließlich Quartier. Die 50prozentige Fahrermäßigung gilt auch für Einzelfahrer.

Im Festzuge beteiligen wir uns als „Sondergruppe“ in Wanderkleidung. Männer und Jugendliche in kurzen Hosen, Frauen und Mädchen in Dirndlkleidung. Im Zuge sind Transparente und Tafeln mit Hinweisen auf die kulturellen Bestrebungen unserer Naturfreunde-Bewegung, Wimpel u. a. mitzuführen. Die Ausschmückung bleibt den Ortsgruppen überlassen.

Als Abschluß dieser Veranstaltung werden Tages-, Zweitags-, Fünftags- und Wochentouren geführt; wir stellen die Führer. Fragebogen und Weisungen gingen den Ortsgruppen, Bezirken und Gauen bereits zu; diese sind genau ausgefüllt nur an die Geschäftsstelle des Touristenvereines „Die Naturfreunde“, Auffig, Marktplatz, 11, zu senden. Nach Einlangen der Gelder werden die Festkarten sofort zum Versand gebracht.

Auf nach Auffig zum „Reichstreffen“!

Kostspieliger Partikulismus. Der zu Oldenburg gehörige Landesteil Lübeck, das sogenannte Fürstentum Lübeck, liegt vom Stammlande räumlich getrennt. Es erfordert daher übernormale Verwaltungskosten. In der letzten Zeit ist deshalb eine auf den Anschluß an Preußen abzielende Bewegung in diesem Lande ständig gewachsen. Der Oldenburgische Landtag jedoch denkt nicht daran, diesen Landesteil zu Preußen gehen zu lassen. Er hat vielmehr, um die Verwaltungskosten zu decken, eine Sondersteuer beschlossen, die im Landesteil Lübeck aufgebracht werden soll. Er hat dafür die rückständigste Steuerform gewählt und den Bewohnern des Landesteils eine Kopfsteuer auferlegt. Die Bewohner des Fürstentums Lübeck, die auf ihre oldenburgische Staatszugehörigkeit keinen besonders großen Wert legen, müssen nun für das „hie gut Oldenburg allewege!“ noch eine Kopfsteuer bezahlen! Die Heimat treue dieser Oldenburger wird dadurch beträchtlich wachsen!

265 Meter tief getaucht. William Beebe, ein prominenter Mitglied der Meeresforschungsexpedition der New Yorker Zoologischen Gesellschaft hat in Hamilton (Vermont) den Tiefstauchweilrekord erreicht, indem er sich vom Schiff der Gesellschaft aus in einem Stahlball 265 Meter tief ins Meer herabsenken ließ. Vom Grunde des Meeresbodens aus führte der bekannte Forscher ein Telefongespräch mit der Besatzung des Schiffes. Der Stahlball, der dem gelungenen Versuch diente, hatte Quarzfenster; die Luft wurde durch Zufuhr von Stryden erneuert.

Die Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten hat — wie uns aus New York gemeldet wird — in den ersten fünf Monaten dieses Jahres ihrer Mitgliederkampagne 6000 neue Mitglieder gewinnen können.

Der Vertreter der Deutschen Landeskommission am 21. und 22. Juni 1930 in Trontenau wird sich mit der Durchführung der Schulausflüge für die Kinder in fremder Pflege und die unehelichen Kinder befassen.

Munition aus Kolumbien. Eine neuartige Munition für Schießwaffen aller Art hat der amerikanische Kapitän B. Harris erfunden. Sie enthält ein bestimmtes Kolumbinpräparat, durch das der Angeschossene in wenigen Sekunden für eine bestimmte Zeit betäubt wird. Im Gegensatz zu einer früheren ähnlichen Erfindung — einem Morphiumpräparat, das nur mit einer eigens konstruierten Waffe abgeschossen werden konnte — soll das Präparat des Kapitäns Harris für fast alle gegenwärtig gebräuchlichen Schießwaffen benutzt werden können. Kapitän Harris glaubt, daß die Kolumbinmunition der Polizei große Dienste leisten könne. Der Kampf mit Verbrechern ist ja der Polizei dadurch erschwert, daß die Beamten erst im Augenblick der äußersten Gefahr schleifen dürfen, dadurch ist nicht nur das Leben der Polizisten stark gefährdet, auch die Fluchmöglichkeiten sind viel größer. Durch Kolumbinmunition des Kapitäns Harris, die den Verbrecher nicht verletzt, sondern nur betäubt, wird die Gefangennahme erleichtert. Eine besondere Bedeutung hat die neue Kolumbinmunition für die Jagd auf Wild, das für Tiergärten oder Tierhandlungen bestimmt ist. So hat Kapitän Harris selbst schon mehrere Löwe und Tiger zur Strecke gebracht, die gänzlich unverletzt und verhältnismäßig gefahrlos in seine Hände gefallen sind und an Menagerien verkauft wurden.

Beitrag. „Aber ein Mensch aus dem Haus muß sich doch als Zeuge für den fraglichen Vorgang finden lassen — haben Sie denn gar keinen Freund im ganzen Haus?“ „Nein, Herr Doktor, ich bin der Hausbesitzer!“ — Ein Herr kommt in einen Laden: „Haben Sie Patententräger der Firma Meyer u. Fromm aus Berlin?“ „Nein, die führen wir nicht. Aber darf ich welche bestellen?“ „Bitte, wieviel? Ich bin zufällig der Vertreter dieser Firma!“

